

Die Politik in NRW wird bunter

neue Farbenspiele in Hamburg und Hessen
sogar auch an Rhein und Ruhr eine Debatte

Es ist noch Zeit

Nach Hamburg blickt NRW auf das Wahljahr 2010

Der Wähler hat gesprochen. In Niedersachsen, in Hessen und in Hamburg. Jetzt rätseln die Medien, die Wissenschaftler, die Meinungsforscher und – nicht zu vergessen – die Politiker: Was hat der Wähler mit seinen Votum an Elbe und Main sagen wollen? Und wie soll seine Entscheidung umgesetzt werden? Fragen, auf deren Antworten auch die Menschen in Nordrhein-Westfalen gespannt sind.

Die neue Farbenlehre

Schwarz-grüne Gespräche in Hamburg / SPD öffnet sich in Hessen für die Linke
Montage: Schätze

In unserem Bundesland wird zwar erst in zwei Jahren ein neuer Landtag gewählt. Vorher sind Kommunalwahlen, Europawahl und die Bundestagswahl. Es kann und wird sich also bis 2010 noch eine Menge ereignen. Schon darum soll auf der Basis der jüngsten Bürgerschafts- und Landtagswahlen eine Prognose, was in zwei Jahren in unserem Land passiert, gar nicht erst versucht werden.

Aber wie es in der Politik nun einmal ist, schon jetzt werden die ersten Pflöcke eingeschlagen: Wer kann mit wem, und wer kann mit wem überhaupt nicht? Schon früh hat die CDU des Landes die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft aufgefordert, sich eindeutig gegen ein Zusammengehen der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten mit der Linkspartei auszusprechen. Kraft sieht derzeit dazu überhaupt keine Veranlassung: Die Linke sei im Land zu schwach, ihr politisches und personelles Pro-

gramm zu diffus. Und überhaupt richte ihre Partei alle Energie darauf, 2010 stärkste Fraktion zu werden und die ungeliebte Konkurrenz aus dem Landtag herauszuhalten.

CDU-Generalsekretär Wüst machte eine weitere Baustelle auf. Für den Fall, dass es 2010 für Schwarz-Gelb nicht reicht, soll „Plan B“ greifen, eine Koalition auch mit den Grünen, wegen des Farbenspiels „Jamaika-Koalition“ genannt. Die Gelben und die Grünen wollen aber noch nicht. GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann kann sich derzeit ein Zusammengehen mit den Liberalen nicht vorstellen. Die nämlich seien mit ihren Privatisierungsbestrebungen drauf und dran, „die Überlebensbasis des Staates und der Kommunen auszuhöhlen“. Die so Gescholtenen blieben nichts schuldig. Die Grünen stünden für mehr Staat und mehr Bürokratie. Wo die FDP den eigenverantwortlichen und mündigen Bürger sehe, strebten die

Grünen nach staatlich alimentierten „Taschengeldempfängern, die nach gesetzlichen Geboten und Verboten leben“. Jamaika jedenfalls, so beschied FDP-Generalsekretär Christian Lindner die Koalitionsüberlegungen bündig, sei von NRW ganz weit weg.

SPANNUNG

Man sieht: Die Stunde der Strategen hat geschlagen. Versuchsballons werden aufgelassen, Fahrten gelegt, Interviews gegeben. Das füllt heute die Zeitungsspalten und die Sendeminuten. Übermorgen kann dann schon wieder alles ganz anders sein – das ist ja das Aufregende an der Politik. Sie ist ein Prozess, sie kennt Phasen, die wechseln, sie lebt von der Veränderung, sie überrascht und ist so immer wieder spannend.

Vorbei sind längst die Zeiten, in denen es im Landtag Nordrhein-Westfalen nur zwei Fraktionen gab. Danach waren es drei, heute sind es vier und morgen ist es – vielleicht – eine mehr. Wie die Gesellschaft, so hat sich auch die Parteienlandschaft ausdifferenziert. Neue gesellschaftliche Bewegungen, neue Themen haben sich ein Sprachrohr gesucht und danach eine Organisation gegeben. Die beiden großen Volksparteien haben Federn lassen müssen, Alleinregierungen sind nur noch in seltenen (oder regionalen) Fällen möglich, Bündnis- und Koalitionspartner mussten gesucht werden. Aber seltsam: Die Parteienlandschaft ist vielgestaltiger geworden, trotzdem stehen sich zwei Lager gegenüber, die – nahezu gleich stark – um die Vorherrschaft ringen.

Aber auch das muss nicht immer so bleiben. Weil Regierungsbildungen nach den Wahlen zunehmend schwierig werden, weil für eventuelle Mehrheiten hin- und hergerechnet wird, gerät die Theorie vom monolithischen schwarz-gelben auf der einen und dem rot-grünen Lager auf der anderen Seite in Beweisnot. Das muss ja nicht immer so bleiben, sagen Parteienforscher und Pragmatiker in den Parteien.

Fest steht: Bis 2010 fließt noch viel Wasser den Rhein hinunter. Von daher erscheinen Koalitionsfestlegungen verfrüht. Wie gesagt: Bis zur NRW-Wahl 2010 findet noch eine ganze Reihe von anderen Wahlgängen statt. Sie werden wenn nicht Klarheit, so doch Hinweise dafür liefern, in welche Richtung der Wählerwille in NRW geht. Entschieden werden muss ohnehin erst, wenn in zwei Jahren die Stimmen an Rhein, Ruhr und Weser ausgezählt sind, die Parteien ihre Analysen angestellt, Gespräche mit den anderen Parteien geführt und ihren innerparteilichen Entscheidungsprozess beendet haben. JK